

Anmerkungen zu strukturellen Hintergründen des Gerechtigkeitsbegriffs

Was heißt hier gerecht?

Von Ulrike Knobloch und Uta von Winterfeld

—Gerechtigkeit ist ein alter, ein großer und ein weiter Begriff. Der Bogen reicht von antiken Zweifeln am Recht des Stärkeren über neuzeitliche Gesellschaftsverträge bis hin zu Forderungen nach Menschenrechten für alle. Aktuell wird über Chancen- und Leistungsgerechtigkeit ebenso debattiert wie über globale und Geschlechtergerechtigkeit.

In den Sphären der Politik gilt Gerechtigkeit als die Kardinaltugend und ungerechtes Regieren als nicht legitim. In den Sphären der Wirtschaft spielt Gerechtigkeit eher eine untergeordnete Rolle. Doch Debatten zu Nachhaltigkeit und Nachhaltiger Entwicklung kommen nicht ohne ein Gerechtigkeitsverständnis aus, denn sie betonen bei aller Anwendungsorientierung stets auch, dass Beziehungen innerhalb und zwischen den Generationen, in und zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens nach dem Prinzip der Gerechtigkeit verändert und gestaltet werden müssen. Dabei bleibt oft offen, um welche Form der Gerechtigkeit es genau geht und worauf sich das Gerechtigkeitsverständnis bezieht.

Im Folgenden werden Hintergründe und Voraussetzungen am Beispiel der Strukturen von Sorgegerechtigkeit und Generationengerechtigkeit skizziert, denen einige Anmerkungen zum Gerechtigkeitsbegriff im Allgemeinen vorangestellt sind.

Wird von Gerechtigkeit gesprochen, so ist meistens Verteilungsgerechtigkeit respektive soziale Gerechtigkeit gemeint. Dabei geht es um die Verteilung von Gütern, die verschiedene Formen haben kann: Bezogen auf die Kriterien der Verteilung wird unterschieden zwischen Start- oder Chancengerechtigkeit, womit das Schaffen gleicher Startbedingungen gemeint ist, Leistungsgerechtigkeit, also das Verteilen nach Leistung, und Bedarfsgerechtigkeit, worunter das Verteilen nach dem jeweiligen Bedarf verstanden wird.

Die Ebenen der Gerechtigkeit reichen von der individuellen Gerechtigkeit als Tugend, über die institutionelle Gerechtigkeit als Leitidee für Recht, Staat und Politik, bis hin zur globalen Gerechtigkeit als Orientierung für staatenübergreifende rechtliche und politische Regelungen. Weniger im Fokus sind ökologische und Umweltgerechtigkeit.

Während ökologische Gerechtigkeit auch die Frage nach Gerechtigkeit gegenüber der Natur und den Zugang zu natürlichen Ressourcen einschließt, umfasst Umweltgerechtigkeit eher die Verteilung von Lasten wie etwa Lärmbelästigung oder Betroffenheit von Auswirkungen des Klimawandels. Gerechtigkeit braucht entsprechende Strukturen, denn gerechtes Handeln in ungerechten Strukturen ist schwierig, wenn nicht unmöglich. Die Struktur der Gerechtigkeit

lässt sich gut anhand der Gerechtigkeits-skulptur von Niki de Saint Phalle verdeutlichen, die in ihrem Tarot-Garten in der Toskana steht. Diese riesige Skulptur braucht, um stehen zu können, ein Stahlgerüst, das vom Künstler und Ehemann Jean Tinguely angefertigt wurde. Dieses Stahlgerüst ist heute nicht mehr sichtbar, bildet aber die »Struktur« der »Gerechtigkeit«.

Sorgegerechtigkeit

Gerechtigkeitsvorstellungen benötigen eine Vorstellung des Guten, um darüber Auskunft geben zu können, was in einer Gesellschaft gerecht verteilt werden soll. Dazu werden Bedürfnisse, Grundgüter oder Fähigkeiten herangezogen. Noch besser geeignet ist die Orientierung an Sorge und Sorgearbeit, auch Care-Arbeit genannt. Dabei integriert die Sorgegerechtigkeit die philosophischen Debatten über Fragen des Guten und des Gerechten und knüpft an die Debatten der Sorgeethik im politischen Kontext an.

Im Fokus ist dann die gerechte Verteilung der individuell und gesellschaftlich notwendigen Sorgearbeit, wobei unter Sorgearbeit die gesamte bezahlte und unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit für Kinder, Kranke und Alte, die damit verbundenen Unterstützungsleistungen, aber auch die unterstützenden Tätigkeiten für gesunde Erwachsene gefasst werden. In den Haushalten wird ein Großteil der Sorgearbeit unbezahlt geleistet, in den übrigen Sektoren (Markt-, Staat- und Nonprofit-Bereich) meist zu geringen Löhnen und in Teilzeit sowie unter auch sonst oft schlechten Arbeitsbedingungen. Diese Sorgeleistungen stützen die Gesellschaftsstruktur selbst dort, wo sie unsichtbar bleiben.

Während sich in den vergangenen Jahren die Verteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern etwas verbessert hat, sind neue Umverteilungen entstanden, insbesondere die Umverteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen verschiedener Schichten und Nationalitäten. In der Fachliteratur wird über das Thema Care-Migration und über Care-Drain als deren Folgen viel diskutiert. Wenn Frauen aus Osteuropa oder dem globalen Süden in den Ländern des globalen Nordens Sorgearbeit übernehmen, mag das individuell und kurzfristig die einzige Lösung sein, aber auf struktureller Ebene und langfristig ist es mit Ungerechtigkeiten verbunden.

Diese Ungerechtigkeiten sind nicht leicht zu erkennen, denn zunächst scheinen alle von dieser Lösung zu profitieren. Doch die US-amerikanische Philosophin Eva Feder Kittay hat deutlich gemacht, welcher „moralische Schaden“ durch Care-Migration entstehen kann, wenn etwa das Recht der Kinder auf das Zusammenleben mit ihren Eltern unterlaufen wird. Zudem gerät durch Care-Migration die Versorgungssouveränität aus dem Blick, weil die Sorgekrise vorübergehend national gelöst erscheint, was sie aber langfristig keineswegs ist.

Hier geht es vielmehr darum, die den Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Sorgearbeit zugrunde liegenden Strukturen sichtbar zu machen und so zu gestalten, dass Strukturen für Sorgegerechtigkeit in und zwischen den Ländern des Südens, Ostens und Nordens entstehen können.

Generationengerechtigkeit

Aus Nachhaltigkeitssicht scheint der Struktur der Generationengerechtigkeit jenes unsichtbare Stahlgerüst zu fehlen, das sie

trägt. Dies zeigen gerade Strukturversuche wie die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenanpassungsformel. Die jüngere Generation im derzeitigen Umlagesystem entlasten zu wollen, bedeutet für diese im Grunde, dass sie als jüngere entlastet wird, um als ältere belastet zu werden. Bei gleichzeitigem Sozialstaatsabbau kündigen sich hier eher düstere und dem Nachhaltigkeitsgebot der intergenerationalen Gerechtigkeit entgegenstehende Perspektiven an.

Denn intergenerationale Gerechtigkeit fragt nach Fairness zwischen heutigen und künftigen Generationen. Damit kommt neu der Aspekt der Zeit in die Debatte um Gerechtigkeit hinein. Es geht um den Erhalt der Lebensgrundlagen (ökonomisch formuliert um den Produktivitätserhalt). Wir Heutigen haben kein Recht dazu, die Naturgrundlage der morgigen Anderen zu zerstören; wir haben kein Recht dazu, die Zukunft der Anderen heute schon zu verbrauchen. Ökonomische Prioritäten, etwa die Dominanz kurzfristiger Gewinnmöglichkeiten, und auch politische Prioritäten wie die Dominanz kurzfristiger Einsparmöglichkeiten und Entlastungsmaßnahmen legen dies eher nahe, als dass sie ihm entgegenwirken. Weiter fragt das Gebot intragenerationaler Gerechtigkeit nach Ungleichheitsverhältnissen zwischen heute lebenden Generationen – zunächst vor allem mit Blick auf Nord-Süd-Beziehungen. So kann nicht gerecht sein, dass der globale Norden nicht nur seine eigenen, sondern in kolonialer oder post-kolonialer Manier auch die Ressourcen des globalen Südens mit verbraucht. So kann nicht gerecht sein, dass der globale Norden über seine Emissionen

den Klimawandel hauptsächlich verursacht hat und der globale Süden es ist, der seine Folgen im Wortsinne ausbaden muss. Und so kann es nicht gerecht sein, wenn die Einen (z. B. Männer) ihre Fähigkeiten auf Kosten der Anderen (z. B. Frauen) entwickeln. Ein zentrales Strukturmoment lässt sich mit dem Begriff der Externalisierung fassen: Die sozialen und ökologischen Schatten-seiten nördlichen Produzierens und Konsumierens werden in ein südliches Draußen externalisiert. Sei es als Abfall oder in Form der Kompensation global nördlicher Sorge-defizite durch globale südliche Sorgeleistungen für den Norden.

Sozial-ökologische Perspektiven

Unsere Anmerkungen zeigen, dass zwischen sowie in nördlichen und südlichen Gesellschaften und Nationen Ungleichheitsverhältnisse herrschen, die einer weltweit nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen. Eine Ursache sehen wir darin, dass soziale und ökologische Gerechtigkeitsaspekte unverbunden bleiben und teils in Konkurrenz zueinander stehen. Beispielsweise basieren nördliche Wohlfahrtsregime auf einem sogenannten Energy Deal, auf einer CO₂-Demokratie, die das soziale Wohlergehen auf Kosten der ökologischen Regenerations- und Tragekapazität gesteigert hat. Umgekehrt ignorieren Ansätze wie planetare Leitplanken, ökologische Rucksäcke und ökologische Fußabdrücke, dass hinter dem abstrakten Pro-Kopf-Verbrauch konkrete soziale Ungleichheitsverhältnisse stehen. Es reicht auch nicht aus, auf individueller Ebene nach gerechten Lösungen etwa für die Verteilung der Sorgearbeit zu suchen. Vielmehr gilt es darüber nachzudenken,

welche strukturellen Ungerechtigkeiten im Gesellschaftssystem institutionalisiert sind und wie neue Strukturen aussehen müssten, um Sorgerecht und Versorgungssouveränität zu erreichen. Ein Weltmarkt, der nur die, die es sich leisten können, mit dem Lebensnotwendigen versorgt, muss um politische Strukturen ergänzt werden, die auf Sorgerecht und Versorgungssouveränität für alle ausgerichtet sind.

Daraus folgt, dass ungerechte Verteilungen zunächst einmal erkannt und dann vermieden beziehungsweise, dass ungerechte Verteilungs- wie auch Anerkennungsverhältnisse verändert werden müssen. Etwa durch einen Ausgleich zwischen den Geschlechtern (Geschlechtergerechtigkeit, aktuell insbesondere mit Blick auf Sorgerecht), zwischen den Generationen (Generationengerechtigkeit) oder mit Blick auf natürliche Ressourcen, Emissionen oder die Belastung durch Lärm (ökologische oder Umweltgerechtigkeit).

Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser unterscheidet zwischen affirmativer und transformativer Gerechtigkeit. Es macht einen Unterschied fürs Ganze, ob beispielsweise Umverteilung affirmativ – hier bekommen sozial Schwächere vom vorhandenen Wohlstandskuchen ein größeres Stück – oder transformativ – bei der Wohlstandsproduktion geht es sozial und ökologisch gerecht und fair zu – erfolgt. Entsprechend verweisen vorsorgende Ansätze auf ein Verständnis von Arbeit als gesellschaftliches Handeln mit dem Ziel, soziale und ökologische Grundlagen menschlichen Lebens wieder herzustellen. —

Anmerkung

Der Frage „Was heißt hier gerecht?“ geht eine Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 2.-4.11.2018 nach. Vgl. www.ev-akademie-tutzing.de/veranstaltung/was-heisst-hier-gerecht/

Zu den Autorinnen

Ulrike Knobloch, geb. 1961, ist Wirtschaftsethikerin und Professorin für Ökonomie und Gender an der Universität Vechta. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählt die Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Uta von Winterfeld, geb. 1957, ist Politologin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftliche

Natur- und Geschlechterverhältnisse sowie Politische Sozial-Ökologie.

Kontakt

Prof. Dr. Ulrike Knobloch

E-Mail ulrike.knobloch@uni-vechta.de

Prof. Dr. Uta von Winterfeld

E-Mail uta.winterfeld@wupperinst.org
